

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

42. Jahrgang / 103

2. Juni 1987

Helmut Esters MdB zu den morgigen Beratungen des Finanzplanungsrats: Bund treibt Länder und Gemeinden in massive Neuverschuldung.

Seite 1

Prof. Dr. Berndt Heydemann skizziert das Natur- und Umweltschutzprogramm einer SPD-Landesregierung in Schleswig-Holstein: Mehr Partnerschaft zwischen Natur und Wirtschaft.

Seite 3

Dokumentation

Die Arbeitsgruppe der SPD und der PVAP hat bei ihrem jüngsten Treffen den Vorschlag konkretisiert, einen Europäischen Rat für Vertrauensbildung zu schaffen. Wortlaut des Kommuniqués

Seite 6

Bund treibt Länder und Gemeinden in massive Neuverschuldung

Zu den morgigen Beratungen des Finanzplanungsrats

Von Helmut Esters MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Öffentliche Finanzwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Morgen wird der Bundesfinanzminister seine Einschätzung über die Entwicklung der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden bis zum Jahre 1991 im Finanzplanungsrat vorlegen und erläutern. Dabei wird sich zeigen, daß die Bundesregierung auch Länder und Gemeinden zu einer massiven Erhöhung der Neuverschuldung zwingt. Der Bundesfinanzminister hat angekündigt, daß sich das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit im Jahre 1990 von geplanten 24 1/2 Milliarden DM auf 60 bis 70 Milliarden DM erhöhen wird.

Dabei ist für den Bund unterstellt, daß die Steigerung der Bundesausgaben bis 1991 jährlich nur rund 2,5 von Hundert betragen soll. Solch niedrige Ausgabensteigerungen des Bundes konnten schon in den letzten Jahren nur dadurch erreicht werden, daß neben massiven Kürzungen im Sozialbereich gravierende Lastenverschiebungen vom Bundeshaushalt auf andere öffentliche Haushalte - insbesondere Länder und Gemeinden - durchgesetzt wurden:

- Länder und Gemeinden sind seit 1983 durch die Wiedereinführung der Kinderfreibeträge mit 57,5 von Hundert an der Familienförderung beteiligt worden, während die Ausgaben des Bundes für das Kindergeld Jahr für Jahr weiter zurückgehen.
- Durch Kürzungen im Arbeitsförderungsgesetz hat der Bund seine Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit auf Null zurückgeschraubt und dadurch die Ausgaben für Sozialhilfe bei den Gemeinden explosionsartig in die Höhe getrieben.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Kemmlinger-Umwelt
mit einem im Rücklauf
Recycling-Papier



- 1985 hat sich der Bund an der Krankenhausfinanzierung zurückgezogen. Die dafür von den Ländern unter anderem übernommenen Kosten für die Wohnungsbauprämie bleiben Jahr für Jahr hinter dem Soll zurück, und der Bund hat damit weit weniger zu zahlen als er an Finanzierungsaufgaben an die Länder übertragen hat.
- Durch die Erhöhung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft sind die Länder über Mehrwertsteuerausfälle (derzeit 35 Prozent) an der Finanzierung der verfehlten Agrarpolitik der Bundesregierung beteiligt worden.
- Weitere Verschiebebahnhöfe sind schon in Sicht: der Bundesfinanzminister will die Förderung der benachteiligten Jugendlichen aus dem Bundeshaushalt streichen und der Bundesanstalt für Arbeit aufbürden. Die Ergänzungszuweisungen für finanzschwache Länder sollen plafoniert werden. Die Mittel für den kommunalen Straßenbau sollen eingefroren werden.
- Schließlich die Finanzierung der Steuerentlastungen: für die vorgezogene Entlastung 1988 in Höhe von 5,2 Milliarden DM hat die Bundesregierung jeglichen Ausgleich für Länder und Gemeinden abgelehnt. Für das Steuerpaket 1990 in Höhe von 44 Milliarden DM müssen Länder und Gemeinden für den 25 Milliarden-Nettoteil sehen, wo sie das Geld hernehmen; für den 19 Milliarden-Umstrukturierungsteil ist die Finanzierung bisher völlig ungeklärt. Erhöht der Bund die speziellen Verbrauchsteuern, gehen Länder und Gemeinden leer aus. Wird die Mehrwertsteuer erhöht, ist der Ausgleich für die Länder unzureichend, und die Gemeinden müssen noch zuzahlen, weil sie die erhöhte Mehrwertsteuer über ihre Investitions- und Sachausgaben zusätzlich finanzieren müssen. Auch die Steuerausfälle aufgrund der jüngsten Steuerschätzung für Länder und Gemeinden in Höhe von über 31 Milliarden DM 1987 bis 1990 müssen diese in ihren Haushalten noch verkraften.

Fazit:

Niedrige Ausgabensteigerungen des Bundes haben ihren Ursprung neben Kürzungen im Sozialbereich in einer gravierenden Lastenverschiebung vom Bundeshaushalt auf andere öffentliche Haushalte. Obwohl die Bundesregierung Ländern und Gemeinden ständig mit zusätzlichen Ausgaben belastet, verurteilt sie deren zu hohe Ausgabensteigerungen. Und diesen Weg will die Bundesregierung weitergehen. Der Bundesfinanzminister vernachlässigt seine gesamtstaatliche Verantwortung für die Finanzen aller öffentlichen Haushalte und zwingt Länder und Gemeinden zu einer massiven Erhöhung ihrer Neuverschuldung.

(-/2.6.1987/rs/ks)

* * *



Mehr Partnerschaft zwischen Natur und Wirtschaft

Das Natur- und Umweltprogramm einer SPD-Landesregierung in Schleswig-Holstein

Von Professor Dr. Berndt Heydemann
Mitglied der Regierungsmannschaft Björn Engholm

Organisatorische Grundlage für das Natur- und Umweltprogramm einer SPD-Landesregierung wird ein neu geschaffenes „Ministerium für Natur und Umwelt“ sein. Die Zuständigkeiten für diesen Bereich sind in der jetzigen Landesregierung auf sechs verschiedene Ministerien verstreut. Das neue „Natur- und Umwelt-Ministerium“ der SPD-Regierung wird dagegen die zahlreichen, in den verschiedensten Verwaltungsbereichen angesiedelten Referate zusammenfassen und damit die Basis für eine konsequentere und besser abgestimmte Koordination in der Natur- und Umwelt-Politik schaffen.

Das Ministerium wird nicht „Ministerium für Umweltschutz“ heißen, sondern soll den Titel „Ministerium für Natur und Umwelt“ tragen, weil eine zukunftsorientierte Politik drei wesentliche Zielsetzungen berücksichtigen muß:

Erstens: Wir müssen die Natur in ihrer Gesamtheit in die Politik einbeziehen und nicht nur den auf den Menschen bezogenen Ausschnitt der Natur, den wir „Umwelt“ nennen.

Zweitens: Wir müssen gegenüber der Natur die Gewährleistung für einen umfassenden Schutz - als notwendige Begrenzung gegen schädigende Eingriffsmaßnahmen des Menschen - übernehmen, und diesen in die Praxis umsetzen.

Drittens: Die Umwelt-Politik muß die wichtigen Aspekte der Förderung des Menschen, seiner Gesundheit und seiner wirtschaftlichen Grundlagen berücksichtigen, und dabei naturverträglich neu gestalten.

Die Natur- und Umwelt-Politik einer SPD-Landesregierung wird also zukünftig auf drei soliden Säulen aufbauen:

Erstens: Rücksichtnahme auf die Gesamtheit der Ansprüche der Natur.

Zweitens: Umfassende Schutz-Konzeption im Sinne von Zukunfts-Vorsorge.

Drittens: Neue Strategien zur Förderung der menschlichen Gesellschaft durch Natur.

Namentlich die Säule der „Förderung durch Natur“, die Impulse für neue Techniken, neue Produktionen und neue Wirtschaftsformen verleihen soll, wird dabei eine wichtige Rolle spielen.

Bedeutsam für die Arbeitsfähigkeit des neuen Ministeriums wird seine erweiterte Zuständigkeit sein. Das „Ministerium für Natur und Umwelt“ wird unter anderem zuständig für die Raum- und Landesplanung, für die Umweltverträglichkeitsprüfung, für den Biotop- und Artenschutz, für den Grundwasser und Gewässerschutz sowie für die Wasserwirtschaftsprogramme sein. Hinzu kommen die Be-



reiche der Abwasser- und Abfallbeseitigung und die daran anschließenden ökologischen Grundlagen einer neuen Entsorgungswirtschaft.

Ein flächendeckendes Programm zur Wiederanregung von Regenerationsprozessen geschädigter Biotope und Ökosysteme wird als „Renaturierungsprogramm“ einen besonders umfassenden kurz- und langfristigen Ansatz des Naturschutzes in Schleswig-Holstein darstellen. Wichtiger Bestandteil dieses umfassenden Renaturierungs- und Regenerations-Konzeptes sind beispielsweise neue Ansätze und Modelle zum Bereich Ökologie und Landwirtschaft - im Zusammenwirken mit dem Landwirtschafts-Ministerium. Das Programm „Waldschutz“ (SPD-Programm „Der Wald muß leben“) wird ebenfalls ein wichtiger ökologischer Teilbereich sein, der zusammen mit dem Ministerium für Landwirtschaft und Forsten umgesetzt werden soll.

Längst ist auch ein Ausführungs-Programm zum Gesetz „Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer“ fällig. Dieses Programm muß die konkreten Schutz-Verfahren und die vermehrte Heranführung des Menschen an das Erleben des Wattenmeeres aufzeigen.

In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wirtschaft und Verkehr wird eine ökologisch verträgliche Verkehrspolitik entwickelt. Straßenrand-Bereiche sollen durch umweltverträgliche Pflegemaßnahmen zu einem Verbundnetz ökologisch wichtiger Saum-Biotope über ganz Schleswig-Holstein entwickelt werden. Dies betrifft auch Konzepte des Straßenbaus - wo dieser nicht vermeidbar ist -, innerhalb derer entsprechende Flächen für die Erweiterung des Biotopverbunds im straßennahen Bereich vorgesehen werden.

Der Bodenschutz ist neben dem Wasser- und Gewässerschutz eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Das zukünftige Bodenschutz-Konzept der SPD-Landesregierung muß auf einer umfassenden ökologischen Grundlage stehen. Dabei spielen vor allen Dingen die boden-biologischen Vorgänge eine entscheidende Rolle. Das Landwirtschafts-Ministerium in Schleswig-Holstein hat bisher kein solches Bodenschutz-Konzept vorgelegt. Auch das entsprechende Konzept der Bundesregierung läßt die wichtigen boden-biologischen Ansätze weitgehend außer Acht. Es kann deswegen auch keine genügende Grundlage für ein ökologisch wirksames Bodenprogramm in Schleswig-Holstein sein.

Für die Qualität und vor allem für eine praxisnahe Durchführung und Betreuung von Natur- und Umweltvorhaben ist die ehrenamtliche Tätigkeit von Naturschutz-Verbänden von entscheidender Bedeutung. Seit langem müssen Naturschutz-Verbände Schleswig-Holsteins auf eine vertrauensvolle und zugleich sehr frühzeitige Befassung mit Naturschutz und Eingriffsplanungen warten. Der ehrenamtliche Naturschutz hat aber auch im Bereich seiner rechtlichen Möglichkeiten erhebliche Schwierigkeiten. So ist beispielsweise die Einführung der Verbandsklage in Schleswig-Holstein längst überfällig. Das Verbandsklagerecht soll qualifizierte Naturschutz-Verbänden - bei offensichtlich rechtswidrigen oder sonstwie unzulässigen Eingriffen in die Natur - in die Lage versetzen, vor Gericht Klage zu erheben, selbst wenn einzelne Personen nicht unmittelbar von naturschutzwidrigen Maßnahmen betroffen sind. Eine solche Klage soll auch gegenüber den Behörden möglich sein. Die Einführung der Verbandsklage kann nur über die Novellierung des Schleswig-Holsteinischen Landschaftspflege-Gesetzes erfolgen.



Eine wesentliche Aufgabe der neuen Landesregierung wird daher die Neugestaltung des Landschaftspflege-Gesetzes darstellen. In diesem Gesetz muß vor allem der Biotop- und Artenschutz umfassend verbessert werden. Ein Biotop-Verbund-Konzept muß gesetzlich als Vorsorge- und Entwicklungsmaßnahme des Naturschutzes verankert werden. Durch die Novellierung des Gesetzes muß auch der Landesnaturschutzverbund wieder seine alte Selbständigkeit zurückerhalten und aus der jetzigen Fremdbestimmung durch das Landwirtschafts-Ministerium befreit werden.

Ein entscheidendes „Neues Standbein“ der Natur- und Umwelt-Politik einer SPD-Landesregierung wird die Förderung der Wirtschaft mit Hilfe von Natur-Strategien sein - im weitesten Sinne von „Intelligenten Bio-Techniken“, die zugleich auch bei umfassender Anwendung naturverträglich sein müssen. Ein wichtiger Bereich des neuen Ministeriums wird sich im Anschluß daran auch mit der Entwicklung „Ökologischer Techniken“ befassen - ebenfalls auf der Basis von Ideen, die in Natur-Strategien enthalten sind. Dazu gehören beispielsweise neue Perspektiven für das „Ökologische Bauen“ - im Zusammenwirken mit anderen Ressorts.

Ein weiteres Sachgebiet wird die ökologischen Grundlagen für die Anregung neuer Wirtschaftsbereiche auf der neuen Basis von Regelvorgängen in der Natur (Kommunikations-Prinzipien) in Angriff nehmen. Ökologisch orientierte Modell-Projekte sollen einerseits eine umweltverträgliche Produktion fördern und andererseits neue Arbeitsplätze im Bereich der Öko-Wirtschaft begründen helfen. Diese Modelle werden im Zusammenwirken mit dem Wirtschafts-Ressort einer SPD-Landesregierung und den Wirtschaftsorganisationen des Landes zur Praxisreife geführt. Wir bezeichnen dieses konzertierte Vorhaben als „Öko-Valley-Effekt“.

Alle Programmteile der Natur- und Umwelt-Politik einer von der SPD geführten Landesregierung stehen deutlich unter dem übergeordneten geistigen Ansatz des „Ausgleichs der Ansprüche von Natur und Mensch“. Der Mensch soll nicht nur einen eng begrenzten Frieden mit der Natur in Teilbereichen schließen, sondern soll die Natur in den Rahmen aller Bereiche von Regierungspolitik und Bürgerverhalten einbeziehen. In dieser „Sozialen Gemeinschaft Mensch und Natur“ hat auch die Natur Anspruch auf die Einbeziehung in die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit.

Für diesen umfassenden natur- und umweltpolitischen Ansatz wird eine SPD-Landesregierung ein-
stehen.

(-/2.6.1987/rs/ks)

* * *

DOKUMENTATION

SPD und PVAP: Einen Europäischen Rat für Vertrauensbildung schaffen

Die im Herbst 1984 durch Vereinbarung zwischen den Vorsitzenden der Parlamentsgruppen beider Parteien gebildete Arbeitsgruppe der SPD und der PVAP hat ihren Vorschlag vom 7. Juli 1986 konkretisiert, einen Europäischen Rat für Vertrauensbildung zu schaffen. In dem Kommuniqué, das von beiden Seiten nach dem jüngsten Treffen am 27. Mai 1987 in Mragowo veröffentlicht wurde, wird festgestellt:

1. Der Rat soll allen KSZE-Teilnehmerstaaten offenstehen, ohne Organ der KSZE zu sein.
2. Die Regierungen der Teilnehmerstaaten des Rates entsenden in den Rat je einen hochrangigen politischen Bevollmächtigten. Er muß nicht Mitglied der Regierung sein.
3. Der Rat sollte durch einen regelmäßigen Gedankenaustausch über aktuelle, die Sicherheit Europas betreffende Probleme das gegenseitige Vertrauen zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten fördern. Damit würde zugleich ein Schritt vorwärts auf dem Wege zu gemeinsamer Sicherheit in Europa getan.

Der Rat soll sich vor allem mit folgendem befassen:

- politischen Maßnahmen und Verfahren zum Abbau von Spannungen, Feindbildern und Mißtrauen in Europa,
 - politischen Maßnahmen und Verfahren zur Vermeidung und Überwindung von Krisensituationen,
 - praktischen Erfahrungen mit bereits vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen,
 - neuen Anregungen für Vertrauensbildung in Europa im militärischen wie in anderen Bereichen.
4. Der Rat läßt sich in seinen Arbeiten von den Prinzipien der Schlußakte von Helsinki und den KSZE-Verfahrensregeln leiten.
 5. Der Rat tagt in der Regel zweimal jährlich. Der Vorsitz kann ihn zu außerordentlichen Sitzungen einberufen. Auf Verlangen von mindestens fünf Mitgliedern ist er dazu verpflichtet.

Der Vorsitz lädt zu den Sitzungen ein und leitet sie. Die Teilnehmer legen auf der jeweiligen Sitzung die Themen fest, die sie erörtern wollen.

Der Rat kann regionale und andere Untergruppen bilden.

Er hat kein festes Sekretariat. Die Sitzungen sind vertraulich.

6. Die Arbeitsgruppe SPD/PVAP würde es angesichts der hohen symbolischen Bedeutung Helsinkis als Ort der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte begrüßen, wenn die erste Sitzung des Rates unter dem Vorsitz Finnlands nach Helsinki einberufen würde.

Die Arbeitsgruppe SPD/PVAP führt diesen Vorschlag in die Diskussion über Vertrauensbildung in Europa ein mit dem Ziel, einen breiten Konsens zur Schaffung eines Europäischen Rates für Vertrauensbildung zu finden.

(-/2.6.1987/vo-he/rs)

* * *

